65. Jahrgang. № 231. Donnerstag, 19. Mai 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker: Lobeck's Dreizing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. ★ 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. | Anzeigen-Preise. Die 11spalt. 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 11spalt. An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 30 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Große Möbel-Ausstellung
Altmarkt Korb & Co. Herzfeldhaus

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Lloyd Georges Warnung an Frankreich.

Verurteilung der französischen Geistesverfassung.

London, 18. Mai. Lloyd George machte einem Vertreter von Reuter folgende Darlegungen: Ich halte an der Erklärung, die ich im Unterhause bezüglich Oberschlesiens abgegeben habe, fest. Natürlich kann ich nur für das die Verantwortung übernehmen, was ich wirklich gesagt habe, nicht für die verstümmelten und verdrehten Berichte in der französischen Presse. Die nahezu einmütige Zustimmung der amerikanischen und italienischen sowohl, als auch der englischen Presse zu den von mir bei jener Gelegenheit zum Ausdruck gebrachten Gefühlen zeigt, daß die großen Völker, die im Kriege an der Seite Frankreichs standen, den Vertrag von Versailles in fairer Weise auszulegen beabsichtigen. Ich war niemals Zeuge einer derartigen Einmütigkeit in irgendeiner Frage. Alle Richtungen der öffentlichen Meinung in diesen drei Ländern nehmen denselben Standpunkt ein. Es wäre unglücklich, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte. Aber wir müssen gegenüber Meinungsverschiedenheiten unter uns duldsam sein. Ich möchte der französischen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit, einen jeden Meinungsausdruck eines Alliierten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als Ungehörigkeit zu behandeln, unheilschwanger ist.

Wenn diese Geistesverfassung andauern sollte, so wird sie für jede Entente unheilvoll sein.

Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der oberschlesischen Frage eingenommen haben, sollte Frankreich nicht anstößig sein. Sie stehen zum Vertrag von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwenden, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korfanty. Es darf den Kindern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geschirr zu zerbrechen. Jemand muß ihnen die zügelnde Hand anlegen. Anderfalls wird es ständig Schwierigkeiten geben. Der Lauf der Welt in den kommenden Jahren kann nicht vorausgesehen werden. Die Nebel vor uns sind dichter als gewöhnlich. Viel wird von dem Zusammenhalt der Alliierten abhängen.

Die Zukunft der Welt, insonderheit Europas, wird durch alte oder neue Freundschaften bestimmt werden.

Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Versailles ein Instrument von unendlicher Bedeutung, besonders für die Nationen der Entente. Er bindet uns zusammen, wo es soviel gibt, das uns trennt. Diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrags behandeln, als ob sie ein Sport für Leidenschaft und Vorurteil wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre

Hitzköpfigkeit noch zu bedauern.

Das englische Volk entzieht sich keinem Teile seiner Verantwortlichkeit aus dem Vertrag. Vorübergehende Schwierigkeiten erschweren es, Truppen zu erübrigen. Aber diese Schwierigkeiten werden, wie ich vertrauensvoll schon jetzt annehme, bald vorüber sein, und ich mache auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der jüngsten Konferenz unsere Bereitwilligkeit kundgegeben haben, unsere Flotte, falls Deutschland die Bedingungen der Alliierten nicht annehmen würde, den Alliierten für jede militärische Operation zur Verfügung zu stellen, über die beschlossen werden würde. Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Schlesiens auf der Londoner Konferenz zu behandeln. Alle Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt. Unsere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Besprechung fortzufahren. Wir werden treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festsetzung der schlesischen Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Schlesiens voll an. Da wir aber in den großen Krieg eingetreten sind und für die Verteidigung des alten Vertrags, an dem unser Land beteiligt ist, gewaltige Verluste erlitten haben, kann Großbritannien nicht einwilligen, dabei zu stehen, wenn aus dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumgetreten wird. (W. T. B.)

Recht eigentümlich nehmen sich gegenüber dieser scharfen Erklärung Lloyd Georges folgende französischen Meldungen aus, die von Einigkeit und Umschwung fabeln:

Paris, 18. Mai. Wie das „Echo de Paris" meldet, wird in Londoner informierten Kreisen versichert, daß das Mißverständnis zwischen Lloyd George und Briand zum größten Teile in telephonischen Unterhaltungen beseitigt wurde.

Paris, 18. Mai. Eine Havasmeldung besagt: In englischen Regierungskreisen habe ein bedeutsamer Umschwung stattgefunden, verursacht durch die Nachrichten aus Oberschlesien, die die Verantwortungslosigkeit und gleichzeitig die Ohnmacht der polnischen Regierung erwiesen hätten. Dies und die Richtigstellung der Rede Lloyd Georges hätten bewirkt, daß der bereits in Erscheinung getretene Umschwung in den amtlichen englischen Kreisen sich noch verschärft habe. Gestern abend habe man eine allgemeine Entspannung feststellen können. (W. T. B.)

Kein Zusammentritt des Obersten Rates?

Paris, 18. Mai. Die Agentur Havas verbreitet heute vormittag eine Depesche aus London, in der gesagt wird: Entgegen den veröffentlichten Informationen der englischen Presse stehe es nunmehr endgültig fest, daß keine Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George erfolgen werde und daß auch für den Augenblick keine Konferenz des Obersten Rates für Ende dieser oder Anfang nächster Woche in Aussicht genommen worden sei. Der Berichterstatter glaubt auch, eine Entspannung feststellen zu können. Die Wolken verflüchtigten sich, die in Wirklichkeit nur deshalb aufgezogen wären, weil man die Rede Lloyd Georges etwas überhastet gelesen habe. (WTB.)

Korfantys Appell an Lloyd George.

London, 18. Mai. „Morning Post" veröffentlicht ein langes Telegramm, das Korfanty an Lloyd George in Erwiderung auf dessen Unterhausrede über Oberschlesien gerichtet hat. Korfanty erklärte darin, er habe durch seine Unternehmung die Anarchie und den Bürgerkrieg in Oberschlesien verhindert. (!) Weiter heißt es in dem Telegramm: Gewisse englische wie auch französische Kreise könnten Ihnen sagen, daß ich in Berlin während des großen Krieges mein Leben aufs Spiel setzte (!), um selbstlos der Sache Englands und Frankreichs zu dienen. Korfanty appelliert zum Schluß an das Gerechtigkeitsgefühl Lloyd Georges und seine Ehre als Engländer und fordert einen gerechten Urteilsspruch, der auf den Vertrag von Versailles gegründet sei. (W. T. B.)

Korfanty kompromittiert die Alliierten.

London, 18. Mai. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" erklärte Korfanty: Wenn die Alliierten den polnischen Standpunkt nicht einnähmen, so würde er Oberschlesien verlassen. Die Alliierten würden dann aber für die folgenden Ereignisse verantwortlich sein. Wenn er gehe, werde in Oberschlesien das Chaos herrschen. (?) (W. T. B.)

Korfantys befristeter Rückzug.

London, 18. Mai. Der „Daily Telegraph" meldet aus Oppeln: Korfanty wurde am Montag in energischer Weise durch die Interalliierte Kommission aufgefordert, unverzüglich den Rückzug anzuordnen und das widerrechtlich besetzte oberschlesische Gebiet zu räumen. Diese Aufforderung der Alliierten trug den Charakter eines Ultimatums.

Wie die „Daily News" berichten, hat sich Korfanty zu dem Befehl des Rückzuges erst entschlossen, nachdem sowohl die Warschauer als auch die Pariser Regierung ihn eindringlich darum ersuchten mit dem Hinweis, daß der Fortbestand der Besetzung durch die polnischen Aufständischen sehr schwere und unvorhergesehene Verwicklungen innerhalb der Entente nach sich ziehen würden.

Das Kabinett Witos vor dem Rücktritt?

Warschau, 18. Mai. (United Telegraph.) Der parlamentarische Klub der Volkspartei hat zur oberschlesischen Frage Stellung genommen. Sämtliche Redner verlangten die unverzügliche Entlassung des Kabinetts. Der an dieser Sitzung teilnehmende Unterrichtsminister sowie der Ministerpräsident Witos teilten mit, daß das Ministerium entschlossen sei, zu demissionieren und es nur mit Rücksicht auf die auswärtige Lage unterlassen habe, bisher ein Entlassungsgesuch einzureichen.

London, 18. Mai. Der polnische Außenminister, der sich gegenwärtig in Paris befindet, wird in diesen Tagen nach Warschau zurückkehren. „Daily Telegraph" erfährt, daß der Minister von Briand ersucht wurde, nicht zurückzutreten, sondern eine Umbildung des polnischen Kabinetts zu versuchen. Fürst Sapieha sei in die polnischen Pläne Frankreichs vollkommen eingeweiht worden, so daß Briand seine Mitarbeit zurzeit nicht entbehren könne.

Abberufung Leronds?

Berlin, 18. Mai. In hiesigen neutralen diplomatischen Kreisen verlautet heute mit großer Bestimmtheit, daß die Abberufung des Generals Lerond von seinem Posten als Vorsitzender der Interalliierten Kommission Oberschlesiens unmittelbar bevorstehe. Als sein Nachfolger wird General Wengand genannt.

Nachträgliche Auszeichnung der gefallenen Italiener.

Berlin, 18. Mai. Wie aus Oppeln gemeldet wird, hat die französische Regierung als nachträgliche Ehrung den 20 in Oberschlesien gefallenen Italienern Auszeichnungen verliehen. Der Unterleutnant Gieromini erhielt das Kreuz der Ehrenlegion, während 19 italienische Soldaten mit dem Kriegskreuz bedacht wurden. General Lerond gab in feierlicher Trauerzeremonie und in Anwesenheit des Generals De Martini die Auszeichnungen bekannt, wofür der italienische Vertreter in der Interalliierten Kommission seinen Dank abstattete.

Die ersten Daumenschrauben.

Eigentlich müßte man Dr. Wirth beglückwünschen; denn obwohl sein Kabinett erst acht Tage im Amt ist, weiß der „Temps" bereits, daß die neue deutsche Regierung die beste ist, die Deutschland seit langen Monaten gehabt hat, und das will bei der Wertschätzung, die ausländische Urteile in den demokratisch gerichteten deutschen Kreisen genießen, schon etwas bedeuten. In jedem andern Lande allerdings würde ein derartiges Urteil als vernichtend angesehen werden; denn noch nie hat es einem Staat zum Heil gereicht, wenn seine Regierung vom Ausland gelobt wird, noch dazu vom „Temps", der der deutschen Regierung die Weisheit und Kraft wünscht, das französische Friedenswerk — ja, es ist kein Schreibfehler — das französische Friedenswerk zu unterstützen. Der französische Friede aber — das hat dasselbe Regierungsorgan vor ein paar Tagen erst geschrieben — ist nie gesichert, wenn Frankreich nicht im Besitz des Ruhrgebiets ist, und nach der kurzen, auf die deutsche Annahme des Ultimatums folgenden Pause ist „die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets in der französischen Presse wieder allgemein". Darum wird wohl auch die Freude bei den jetzigen Regierungsparteien, die das Kabinett Wirth überreichlich mit Vorschußlorbeeren überschüttet haben, über das Lob des „Temps" recht geteilt sein, zumal gerade jetzt dem deutschen Volk durch die Entwaffnungsnote des Generals Nollet die ersten Daumenschrauben angelegt werden. Mit der Entwaffnung hoffte die Regierung bis zum 30. Juni Zeit zu haben, sie hat darum in diesen Tagen ihr Hauptaugenmerk auf den Reparationsplan gelegt, um die Zahlungsfristen nicht zu versäumen. Jetzt steht sie mit einem Mal vor den gewaltigsten Aufgaben in der Entwaffnungsfrage. Der erste Termin, der 20. Mai, wird voraussichtlich innegehalten werden können. Bis zu diesem Tage sollen wir die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen an Kriegsmaterial sowie die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkennen und der Kommission die zur Sicherung der Freiheit der Verbandskontrolle ergangenen Anweisungen mitteilen. Der nächste und schwierigere Verfalltag ist der 31. Mai, an dem die entgegen dem Friedensvertrage verlangte Entfestigung unserer Ostfestungen vollzogen und die Geschütze abgeliefert sein müssen. Unsere Ostgrenze steht dann den Polen offen, doch auch das hat die Regierung bei der Annahme des Ultimatums gewußt.

Die schwierigste Frage aber ist zweifellos die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren, die nicht erst am 30. Juni, sondern bereits am 10. Juni vollzogen sein muß. Es kann gar keine Frage sein, daß die neue Regierung nicht imstande ist, die gewaltsame Entwaffnung herbeizuführen. Sie ist auf den guten Willen Bayerns angewiesen, dessen Stellungnahme durchaus noch nicht feststeht. Der bayrische Ministerpräsident hat erst in diesen Tagen einem Mitarbeiter der Wiener „Neuen Freien Presse" erklärt, daß nur den bayrischen Einwohnerwehren die stark fortgeschrittene Entwickelung am Aufbau von Ordnung und Sicherheit in Bayern zu danken sei. Kein Streik ernster Art, kein Revolutionsversuch oder Putsch habe seit einem Jahre mehr gewagt werden können, und bei einem der größten bayrischen Unternehmungen, dem Walchenseewerk, haben die Arbeitsleistungen bereits 95 Prozent der Friedensarbeit erreichen können. Mit Recht ist Bayern daher von allen denen, die nicht durch eine verzerrende Parteibrille sehen, als die Ordnungszelle im deutschen Reich bezeichnet worden, und man kann es keiner Regierung verdenken, wenn sie sich weigert, sich selbst der Grundlagen der erfreulichsten Aufwärtsentwickelung zu berauben, zumal die Einwohnerwehren nur eine vorübergehende Einrichtung sind und auch für unsere Feinde nicht die geringste Bedrohung darstellen. Es ist nun die Frage, ob die bayrische Regierung zu diesem Werk dem Reichskabinett die Hand reichen wird. Allgemein ist hervorgehoben worden, daß Bayern unbedingt am Reiche festhält und daß es sich unter Umständen einem nicht zu brechenden Zwang wohl fügen würde. Dr. v. Kahr ist zwar in Berlin für die Ablehnung des Ultimatums eingetreten, aber die persönlichen Mitteilungen seines Fraktionskollegen, des Pariser Botschafters Dr. Mayer, der für die Annahme des Ultimatums eingetreten war, sollen auf Herrn v. Kahr tiefen Eindruck gemacht haben. Alles kommt nun auf die Stellung der bayrischen Parteien an. Während innerhalb der Bayrischen Volkspartei, der Herr v. Kahr angehört, und des Bauernbundes die Meinungen noch geteilt sind, rechnet man damit, daß die bayrischen Deutschnationalen auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, während die Demokratische Landespartei Bayerns sich dem Zwang fügen will. Es sind dies jedoch vor der Hand nur Vermutungen, und es ist sehr leicht möglich, daß auch in den noch ablehnenden bayrischen Kreisen der Zwang des Augenblicks richtunggebend wirkt. Eine Regierungskrise in Bayern dürfte dann vermieden werden. Aber auch bei einer bayrischen Zustimmung würde die Innehaltung eines

SLUB
Wir führen Wissen.